# Anzeiger für den Kreis Pleß

**Bezugspreis:** Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger**
**Plesser Stadtblatt**

**Anzeigenpreis:** Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 10 Gr. von auswarts 12 Gr., Reklamezeile 40 Groschen. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

**Nr. 4** | **Sonntag, den 8. Januar 1928** | **77. Jahrgang**


# Der Kampf um den memelländischen Landtag

## Die Willkür Litauens — Der Völkerbund muß eingreifen

**Memel.** Der Eingriff des litauischen Gouverneurs in das Tagungsrecht des Memelländischen Landtages, der praktisch auf eine völlige Ausschaltung der Volksvertretung des autonomen Memelgebietes hinausläuft, beschäftigt auch weiterhin in erhöhtem Maße die öffentliche Meinung. Wie ernst die Lage ist, geht insbesondere auch aus einem mit „Sein oder Nichtsein des Memelländischen Landtages" überschriebenen Artikel des „Memeler Dampfboots" hervor. In dem Artikel wird festgestellt, daß, wenn der Gouverneur seine Auffassung, daß er allein das Recht der Schließung oder Eröffnung der ordentlichen Tagungen des Landtages habe, nichts ändere, der memelländische Landtag überhaupt kein vollgültiges Parlament mehr sei. Wie weiter bekannt wird, hat sich Gouverneur Merkys dahin geäußert, daß ihm nach Artikel 12 des Memelstatuts das Recht zustehe, die am 4. Montag des Januars beginnende öffentliche Tagung des Landtages nach einem Monat zu schließen. Das bedeutet, daß der Landtag während eines Jahres nur eine einmonatige ordentliche Tagung abhalten könnte. Dieses angebliche Recht leitet der Gouverneur aus dem Satz des Memelstatuts her: „Ordentliche Tagungen dauern mindestens einen Monat." Da über die Bedeutung des Wortes „mindestens" kein Zweifel bestehen kann und auch sonst das Memelstatut dem Gouverneur absolut keine Handhabe zur Schließung oder Eröffnung der ordentlichen Tagungen des Landtages gibt, handelt es sich um eine grobe Verletzung des Memelstatuts seitens der litauischen Regierung.

Man ist sich hier darüber klar, daß, falls der Gouverneur auf seinem Standpunkt verharrt, der Völkerbundsrat in Aktion treten muß, um die Rechte des Memelländischen Landtages wieder herzustellen. Nach dem Memelstatut und einer Entscheidung des Völkerbundsrates über das Beschwerderecht der Memelländer ist bekanntlich jede Ratsmacht, also auch Deutschland, berechtigt, diese neue Verletzung des Memelstatuts in der nächsten Ratssitzung zur Sprache zu bringen.

### Unbegründeter Optimismus in Litauen

**Kowno.** Der Präsident der litauischen Bank, Professor Jurgutis, hatte einem Pressevertreter gegenüber erklärt, daß Litauen bei den Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland eine Anleihe nicht fordern werde, weil der Staatshaushalt heute über große Ueberschüsse verfüge. In den Kassen der litauischen Bank befänden sich z. Zt. über 50 Millionen Lit Staatsgelder und der Haushaltsabschluß werde einen Ueberschuß von mindestens 30 Millionen Lit ergeben. Demgegenüber wird hier darauf hingewiesen, daß man die tatsächlich schwierige Lage in der sich die litauische Wirtschaft befindet nicht durch übergroßen Optimismus werde meistern können. Vielmehr würde eine günstige Auslandsanleihe der litauischen Wirtschaft sehr gelegen kommen.

---

# Briands Bemühungen um den Friedenspakt

**Paris.** Die Antwort des französischen Ministers des Aeußeren, Briands, auf das Schreiben des Staatssekretärs Kellogg in der Frage eines ewigen Friedenspaktes zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ist dem französischen Botschafter in Washington telegraphisch übermittelt worden. Der Wortlaut der französischen Antwort wird erst veröffentlicht werden, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten sich in deren Besitz befindet und zu ihr Stellung genommen hat. Wie verlautet, wendet sich die französische Antwort hauptsächlich gegen die Fassung der Kelloggschen Note, in der dieser von der Ausschaltung jeden Krieges, die einer nationalistischen Politik dienen soll, spricht. Die Bemühungen Briands gingen nunmehr dahin, die Vereinigten Staaten auf die Formel des Völkerbundes: „Verurteilung jeden Angriffskrieges" festzulegen.

Wie die Berliner Blätter aus Washington berichten, ist Briands Antwort auf die Vorschläge Kelloggs am Freitag mittag dem amerikanischen Staatssekretär überreicht worden. Im Staatsdepartement sei dieser Gegenvorschlag ungünstig aufgenommen worden. Man habe darauf hingewiesen, daß Briand jetzt plötzlich seinen eigenen Vorschlag vom 6. April erheblich einenge. Wenn Briand sich jetzt auf das verschwommene Gebiet der Angriffskriege beschränken wolle, so sehe man in Washington wenig Aussicht für den Abschluß eines wirklich brauchbaren Vorschlages zur Achtung des Friedens.

Wie weiter aus London gemeldet wird, hat Briand dem englischen Außenminister eine Abschrift der von ihm an Kellogg gerichteten Antwortnote zugehen lassen.

---

# Millionenbeschlagnahme bei der Pariser Sowjethandelsvertretung

**Berlin.** Wie die Berliner Blätter aus Paris berichten, hat der Vorsitzende des Handelsgerichts des Seine-Departements einen von etwa 30 Pariser Banken und Kreditinstituten gestellten Antrag auf gerichtliche Beschlagnahme bis zum Betrage von 20 Millionen bei der Handelsvertretung der Sowjetrepublik genehmigt. Dieser Spruch sei auf Grund folgenden Tatbestandes gefällt worden. Das Naphtha-Syndikat, das Handelsorgan der Sowjetrepublik hatte der in Barcelona befindlichen spanischen Gesellschaft Banca Arnus das Einfuhr- und Verkaufsmonopol für kaukasisches Petroleum in ganz Spanien abgetreten. Trotz einer obligatorischen Schiedsgerichtsklausel im Falle eines Streitfalles kündigten die Sowjets diesen Vertrag, verhandelten mit einer anderen spanischen Gesellschaft und teilten dieser Petroleumschiffe zu, die schon von der Banca Arnus geladen worden waren.

### 20 Tonnen Gold für die Bank von Frankreich

**Berlin.** Wie die Morgenblätter aus Paris melden, fand in Le Havre die größte Goldausladung statt, die je in einem französischen Hafen erfolgt ist. Es war eine Goldsendung von 10 Millionen Dollar aus Amerika eingetroffen, die eiligst unter starker Bedeckung nach Paris zur Bank von Frankreich befördert wurde. Einschließlich Verpackung wog das Gold 20 Tonnen.

---

### Sowjettruppeninspektion an der Westgrenze

**Kowno.** Wie aus Moskau gemeldet wird, haben sich auf Veranlassung des Kriegskommissars Woroschilow die Mitglieder des Kriegs- und Revolutionsrates, Dybenko, Budjonny und Jegorow, zu einer Inspektion der Truppenteile nach Minsk begeben. In Minsk fand eine Parade statt, nach der Budjonny eine Ansprache hielt. Er schilderte die Aufgaben der roten Armee, und insbesondere die der Grenztruppen. Die Reise der drei Heerführer hat in diplomatischen Kreisen einige Beachtung gefunden.

### Die Sowjetwahlen verschoben

**London.** Nach einer Reutermeldung aus Moskau sind die sowjetrussischen Wahlen, die in nächster Zeit stattfinden sollten, auf Antrag mehrerer Sowjetrepubliken auf den Herbst verschoben worden.

### Japan für den Weltfriedenspakt?

**Paris.** Nach einer Meldung der Indo Pacific-Agentur aus Tokio soll Japan bereit sein, mit den Vereinigten Staaten auf Grund des Kellogg-Vorschlages in Verhandlungen über die Ausschaltung des Krieges einzutreten.

## Das unbelehrbare Litauen

Nach Genf war das Bestreben des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras hauptsächlich darauf gerichtet, entgegen den Behauptungen der französischen und englischen Presse den Eindruck zu erwecken, daß der Genfer Ratsbeschluß die Wilna-Frage nicht berührt hätte. Aus dieser Ausführung leitet Woldemaras die Notwendigkeit her, daß Polen zunächst einmal Litauen Vorschläge zur Lösung der Wilna-Frage bei den bevorstehenden, vom Rat gewünschten Verhandlungen machen müsse. Inzwischen scheint nun Woldemaras aber eingesehen zu haben, daß Polen sich niemals zu solchen Bedingungen bereit finden wird. Da Woldemaras sich auch nicht der Gefahr aussetzen will, von den Ratsmächten, insbesondere aber Frankreich und England, beschuldigt zu werden, daß er die Verhandlungen mit Polen verschleppe oder unmöglich mache, schlägt er jetzt eine andere Taktik vor. Er erklärt nunmehr, wie aus einer neuerdings dem Vertreter einer Königsberger Zeitung gewährten Unterredung hervorgeht, daß Litauen zwar mit Polen verhandeln werde, daß aber nur wirtschaftliche Dinge, durch die Litauens Rechtsanspruch auf das Wilnagebiet nicht berührt werde, auf diesen Verhandlungen zur Debatte stehen könnten. Zu diesen wirtschaftlichen Dingen zählt Woldemaras hauptsächlich die Holzflößerei auf der Memel und die Frage des Frachtausgleichs für Güter, die von Polen nach Litauen und umgekehrt, durch den Korridor gehen und die bisher durch die Königsberger Eisenbahndirektion erledigt worden sind. Diese Dinge, so meint der Ministerpräsident, könnten sehr gut in den Verhandlungen mit Polen erledigt werden, ohne daß dadurch die litauischen Ansprüche auf das Wilnagebiet berührt würden. Woldemaras glaubt jedoch, einen Rechtsanspruch auf das Wilnagebiet bereits preiszugeben, wenn Litauen einen direkten Güteraustausch oder Postverkehr zwischen Litauen und dem Wilnagebiet gestatten würde. Er hält es daher auch für ausgeschlossen, daß die litauische Post einen Brief nach Wilna, für den Auslandsporto bezahlt würde, befördern könnte, da schon durch die Frankierung anerkannt würde, daß Wilna als Ausland gelte. Falls Woldemaras bei seiner Ansicht bleibt, werden die Verhandlungen mit Polen also auf einer sehr engen Basis geführt werden müssen, und Polen wird von seinem Genfer Erfolg kaum erbaut sein.

Inzwischen ist auch die litauische Presse nicht untätig gewesen. Immer wieder ist insbesondere von den Regierungsblättern auf die Schicksalsgemeinschaft zwischen dem umklammerten Ostpreußen und dem von Polen bedrohten Litauen hingewiesen worden. Auch die „Litauische Rundschau" hat auf die Gefahr hingewiesen, die aus einer Einverleibung oder auch schon aus einer friedlichen Durchdringung Litauens durch Polen für Ostpreußen entstehen könnte. Man ist sich auch hier der Gefahr für Ostpreußen vollkommen bewußt; und hat es dazu nicht erst des Hinweises der litauischen Presse bedurft. Vor allem aber ist man sich auch klar darüber, daß Litauen bei der Betonung der Gefahr für Ostpreußen im gegenwärtigen Augenblick eine besondere Absicht verfolgt. Woldemaras will sich auf alle Fälle die Unterstützung Deutschlands bei seinen Auseinandersetzungen mit Polen und bei seinem Kampf um die Wiedererlangung des Wilnagebietes sichern. Unverständlich erscheint nur, daß Litauen es nicht versteht, diese Bestrebungen mit seiner Haltung im Memelgebiet in Einklang zu bringen. Während es auf der einen Seite um die Freundschaft Deutschlands wirbt, werden auf der anderen Seite den Deutschen Memels ständige Nackenschläge versetzt. Es sei hier nur an den letzten Willkürakt des litauischen Gouverneurs gegenüber dem Memelländischen Landtag erinnert, der auf eine völlige Ausschaltung des Memelländischen Parlamentes hinausläuft. Dadurch, daß der Gouverneur das Recht, die ordentlichen Tagungen des Landtags zu bestimmen, an sich zu reißen sucht, hängt die Arbeit des Landtages in Zukunft völlig von der Gnade des litauischen Gouverneurs ab. Auch sonstige, gerade wieder in der letzten Zeit zu Tage getretene Litauisierungsbestre-

---

# Wahlberechtigte!

**Die Wahllisten, die in dem Wahllokal ausliegen, in dem Ihr am 4. bezw. am 11. März Eure parlamentarischen Vertreter wählen werdet, sind in vielen Orten ungenau. Überzeugt Euch heute noch davon, ob Euer Name, Wohnort, Straße usw. und vor allem Euer Geburtsdatum richtig eingetragen sind. Durch die geringste Unrichtigkeit verliert Ihr Euer Wahlrecht.**

**Anträge auf Richtigstellung in den Wahllisten sind an Ort und Stelle zu stellen.**

**Deutsche Wähler erfüllet Eure Pflicht, damit Ihr Euer Wahlrecht auch ausüben könnt!**

bungen sind kaum geeignet, auch im Hinblick auf die deutsch-litauischen Wirtschaftsverhandlungen, eine günstige Atmosphäre zwischen den beiden Ländern zu schaffen. Daran wird auch die neuerliche Erklärung des Herrn Woldemaras nichts ändern können, daß er immer noch der Auffassung sei, das Memelgebiet müsse die Brücke zwischen Litauen und Deutschland sein.

Zunächst muß Woldemaras erst einmal beweisen, daß Litauen im Memelgebiet umgelernt hat, ehe solche Auslassungen überhaupt ernst genommen werden können. Und ebenso muß Litauen selbst erst einmal die nötigen Schlußfolgerungen aus einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Litauen und Ostpreußen ziehen. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, wird Litauen wohl kaum auf eine deutsche Unterstützung, die über die Wahrung der deutschen Interessen, — zu denen unter gewissen Umständen auch die litauische Unabhängigkeit gehört, — hinausgeht, rechnen können. Das versteht man im deutschen Osten unter der „litauischen Unbelehrbarkeit."

## Preußen gegen die polnische Schweineeinfuhr

**Berlin.** Der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte heute im preußischen Landwirtschaftsministerium in einer Pressekonferenz, daß er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Zulassung der Einfuhr oder Durchfuhr lebenden Viehes aus Polen in dem zur Verhandlung stehenden Handelsvertrage wende. Ebenso sprach er sich dagegen aus, daß polnisches Fleisch zum freihändigen Vertrieb in Deutschland käme. Fleisch aus Polen dürfe lediglich in bestimmte Konservenfabriken wandern, bei denen durch entsprechende Abwässervorrichtungen die Verschleppung von Seuchen ausgeschlossen sei. Er begründete diese Ablehnung der polnischen Wünsche, die z. B. in der Abkürzung des Transportweges nach der Tschechoslowakei über Schlesien haben, damit, daß durch das polnische Vieh bezw. Fleisch die Gefahr der Verseuchung nicht nur Preußen, sondern überhaupt Norddeutschland in gegebenstem Maße gegeben werde. An den gegenwärtigen veterinärpolizeilichen Bestimmungen dürfe unter gar keinen Umständen auch nur im geringsten Maße eine Aenderung vorgenommen werden, wenn nicht die schwersten Gefahren für die ganze deutsche Volkserhaltung heraufgeschworen werden sollten. Insbesondere würde ein Entgegenkommen bei den veterinärpolizeilichen Bestimmungen die Existenzfähigkeit der Siedlung aufs Spiel setzen.

## Die Regierungsbildung in Danzig

### Doch eine Weimarer Koalition.

**Danzig.** Trotzdem kürzlich die Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen über die Bildung eines Senats gescheitert sind, sind die Besprechungen zwischen den drei Parteien dennoch wieder aufgenommen worden, weil jede andere Koalition wegen der geringen Mehrheitsergebnisse aussichtslos erscheint. Man hofft, daß über die strittigen Fragen der Verfassungsänderung, sowie über die Frage des Wohnungsbaues und der konfessionellen Schule in Ohra doch noch ein Kompromiß zustande kommt, so daß in diesem Falle mit einer sogenannten Weimarer Koalition in Danzig zu rechnen wäre. Die Verhandlungen sollen so beschleunigt werden, daß der am 11. Januar erstmalig zusammentretende neue Volkstag die Wahl des neuen Senates vornehmen kann.

## Frankreich und die Aussichten der Reichstagswahlen

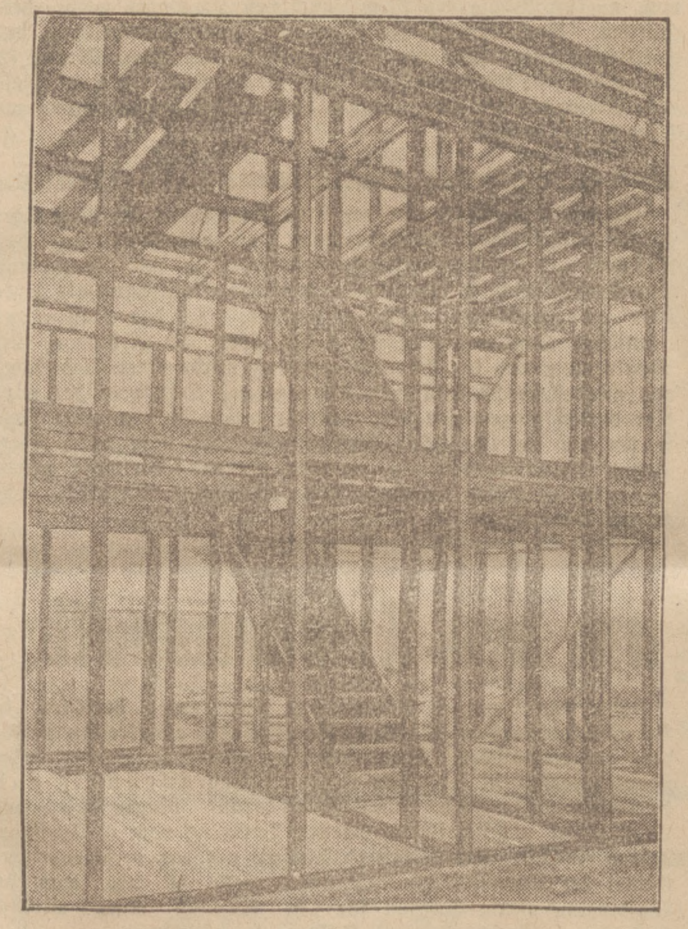
**Paris.** Das Herannahen der Wahlen in Deutschland und in Frankreich veranlaßt die rechtsstehende französische Presse, ihre Angriffe gegen die Deutschnationalen und ihre Beteiligung am Kabinett zu erneuern, wobei der Versuch gemacht wird, schon heute ein links gerichtetes Kabinett in Deutschland mit Dr. Stresemann als Fachminister als die günstigste Lösung für die deutsch-französische Verständigungspolitik hinzustellen. Der „Intransigeant", stellt in diesem Zusammenhang die Behauptung auf, daß es Dr. Stresemann sicherlich klar sein werde, daß die gegenwärtige Zusammensetzung der Reichsregierung ein Hindernis für die Entwicklung der in Locarno und Thoiry begonnenen Politik sei. Es wäre klar, daß Dr. Stresemann mit dem Sieg der linksgerichteten Parteien rechne. Der „Intransigeant" schließt mit der Behauptung, daß auch Neuwahlen in Deutschland keine neuen Staatsmänner ans Ruder bringen würden, da in Deutschland die Wahl von den Parteien und zwar von den Partei- und Gewerkschaftssekretären gemacht werde.

## Der italienisch-ungarische Waffenschmuggel

**Wien.** Fünf Eisenbahnwaggons mit Waffenbestandteilen schickt Mussolini an Horthy. Fünf Waggons — zahlenmäßig gewiß nichts Ueberwältigendes; aber symptomatisch für den Geist, den die Außenpolitik im heutigen Europa atmet.

Ueber den Zwischenfall selbst berichtet die „Arbeiterzeitung" vom 3. d. Mts., daß er keine weiteren Störungen im Grenzverkehr hervorgerufen hat. Gegen den Protest der österreichischen Beamten wurde die Revision der Waggons und der Abtransport auf österreichisches Gebiet verhindert, worauf sie ihren Dienst verlassen, wenige Stunden später aber wieder aufgenommen haben. Wird dieser Zwischenfall aber diplomatische Auseinandersetzungen zur Folge haben?

Die „Arbeiterzeitung" bespricht die politische Konstellation, die durch die junge Freundschaft zwischen Italien und Ungarn entstanden ist und die den Hintergrund des Waffenschmuggels bildet. Sie weist auf den innigen diplomatischen Verkehr zwischen beiden Ländern hin, auf die zahlreichen militärischen Besuche und Gegenbesuche und auf die konsequente Einkreisungspolitik Italiens Jugoslawiens gegenüber. Horthy-Ungarn rüste zum Krieg und der italienische Diktator lege große Waffenlager in Albanien und Ungarn an, den beiden Staaten, die bei einem Waffengange mit Jugoslawien die Aufgabe hätten, die beiden Flanken des südslawischen Staates zu bedrohen. Auch das Abkommen von Venedig, in dem die Aufteilung des Burgenlandes festgelegt ist, denkt Horthy-Ungarn mit italienischer Hilfe umzustoßen und sich zu Oedenburg auch das rein deutsche Burgenland zu holen. Längs der österreichisch-ungarischen Grenze seien die Leventeorganisationen besonders straff ausgebaut. Gerade in diesen Tagen erfolgte die parlamentarische Aussprache, in welcher Herr Prälat Seipel seine seinerzeitige Erklärung, daß die ungarische Regierung bereit sei, auf das Burgenland endgültig zu verzichten, zurückziehen mußte, gleichzeitig aber erklärte, daß er von der Loyalität der ungarischen Regierung überzeugt sei. Die italienischen Maschinengewehre, die die Streifkommandos längst der burgenländischen Grenze stärken sollen, seien ein schlagender Beweis für die Friedensliebe und der Loyalität Ungarns. Sie schaffe künstlich mit Hilfe einer ausgedehnten in- und ausländischen Pressepropaganda eine Revisionspsychose, die den Frieden Mitteleuropas bedrohe. Die östereichische Republik könne auf die Dauer unmöglich mit verschränkten Armen zusehen, wie eine verlogene Propaganda darangeht, die öffentliche Meinung der Welt in den Dienst der magyarischen Volksbedrücker zu stellen, noch weniger kann sie zulassen, daß durch ihr Gebiet die Waffen geschmuggelt werden, mit denen ihr selbst das deutsche Burgenland entrissen werden soll, ja, mit denen der Republik durch Wiederaufrichtung des habsburgischen Thrones ein vernichtender Schlag versetzt werden soll. Mit den Worten, daß die italienischen Gewehre auf Reisen eine Mahnung seien, daß es hier eine wichtige Aufgabe für die österreichische Außenpolitik gibt, wenn es eine solche Politik überhaupt gäbe, schließt die „Arbeiterzeitung" ihre politisch bedeutsame Betrachtung über diesen gewiß nicht alltäglichen und aufsehenerregenden Zwischenfall.



**Das Haus der Zukunft**

Ein fertiges Stahlgerippe mit Treppenaufgang wird in 3 Stunden und 20 Minuten aufgebaut und dann mit Mauerwerk ausgefüllt.

## Spannung in der Schwerindustrie im Reich

**Berlin.** Wie der „Vorwärts" aus Bochum meldet, teilt der deutsche Metallarbeiterverband mit: „Vor dem Arbeitsgericht Bochum wurde am Donnerstag abends der Widerspruch des Bochumer Vereins und der deutschen Edelstahlwerke gegen die erlassene einstweilige Verfügung, wonach die genannten Werke gehalten sein sollten den für verbindlich erklärten Schiedsspruch in der nordwestlichen Gruppe bezüglich der Arbeitszeit für gewisse Arten von Walzwerken zur Durchführung zu bringen, verhandelt. Die Verfügung wurde ausgehoben, da das Gericht angesichts der Tarifverhältnisse die Aktiv-Legitimation der Antragssteller und die Passiv-Legitimation der Antragsgegnerin nicht als gegeben ansah. Angesichts dieser aus formaljuristischen Gründen ergangenen Entscheidung wurde in eine sachliche Verhandlung über den Arbeitsstreit nicht eingetreten. Die Differenzen um die Durchführung des Arbeitszeitschiedsspruches für die Metallindustrie und die Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli haben zu einer Verschärfung der Lage in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie geführt. Der deutsche Metallarbeiterverband kündigt infolge der Weigerung des Bochumer Vereins und der deutschen Edelstahlwerke, die im Schiedsspruch vorgesehene Arbeitszeit durchzuführen, gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen an. Voraussichtlich dürften die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften schon in den nächsten Tagen durchgeführt werden. Der Schlichter Dr. Jötten, der den Arbeitszeitschiedsspruch gefällt hat, hat es abgelehnt, eine Interpretation der in den Schiedsspruch festgelegten Bestimmungen zu geben, mit der Begründung, daß er hierzu nicht bevollmächtigt sei.

## Pariser Skeptik in der Wilnafrage

**Paris.** Es bestätigt sich, daß die Großmächte die Absicht haben, auf die Bitte Polens eine Demarche in Kowno zu unternehmen, um den Beginn der in Aussicht genommenen polnisch-litauischen diplomatischen Verhandlungen zu beschleunigen, doch zweifelt man daran, ob es gelingen wird, die Besprechungen zwischen Litauen und Polen noch im Laufe des Frühjahrs in Gang zu bringen.

## Unruhen in Burma

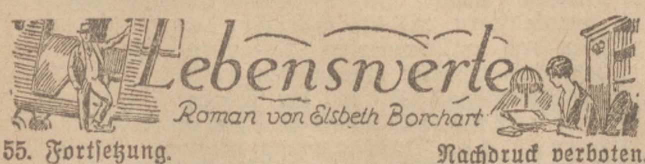
**London.** In Burma ist es, nach Berichten aus Kalkutta zu schweren Unruhen gekommen. Ein Boykott britischer Waren und der englischen Verfassungskommission wurde als Gegenmaßnahme gegen die Ablehnung der Regierung, die Steuern abzuschaffen, beschlossen. Beträchtliche Militärverstärkungen sind nach dem Unruhegebiet unterwegs.

## Streik und Mord in Südchina

**Peking.** Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind in Hankau die Arbeiter der Textilfabriken in den Streik getreten. Zur Zeit streiken bereits 60 000 Arbeiter. — Udshao, Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Partei, wurde in Schanghai auf der Straße ermordet aufgefunden.

## Die Lage in Nikaragua

**London.** Nach einer in Neuyork eingegangenen Mitteilung aus Managua haben in Quilali eingetroffene amerikanische Marinesoldaten keine Spur von den Streitkräften General Sandinos finden können. Man glaubt, daß sie sich in den Bergen verborgen halten, um die nächste Bewegung der amerikanischen Truppen abzuwarten.




55. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Kurt sah sich jetzt nach seiner jungen Frau um. Wo steckte denn Edith? Da öffnete sich die Portiere zum Nebenzimmer, und die junge Frau trat herein. Sie trug ein kostbares blaues Kleid, das zu ihrem Tizianhaar besonders gut paßte. Ihr Gesicht war merkwürdig blaß, und das Lächeln, das auf ihren Lippen lag, sah erzwungen aus.

Hans Werner fuhr einen Augenblick zusammen und sah sie wie versteinert an. Als Kurt sie ihm entgegenführte und mit wenigen Worten ihre frühere Bekanntschaft erwähnte, hatte er sich bereits gefaßt. Mit einer höflichen Redensart verbeugte er sich und führte die ihm dargereichte Hand flüchtig an die Lippen. Hatte diese Hand nicht gezittert?

Hilde beobachtete mit Herzklopfen diese Begegnung; eine Sekunde drohte ihr Herzschlag auszusetzen, in der nächsten atmete sie auf. Nun war es überstanden. Der weitere Verlauf des Abends wiegte sie ganz in Ruhe. In Hans Werners Wesen lag nichts von Spannung oder Verlegenheit. Er erzählte sehr angeregt von seinem Leben in Amerika, erwähnte seine Arbeiten und das, was er in nächster Zeit vorhabe und fragte nach diesem und jenem Bekannten. Edith begegnete er, wie er es der Frau seines Bruders in jedem Falle schuldig zu sein glaubte, mit zuvorkommender Höflichkeit. In nichts verriet sich das ehemalige vertraute Verhältnis oder gar ein Groll, eine Spannung. Wie zwei Menschen, die sich durch Zufall vorher kannten, aber sich gleichgültig geblieben waren, sprachen sie zusammen. Auch Edith merkte man nicht die geringste Verlegenheit an. Nur ihre Wangen, die zuerst bleich gewesen waren, hatte eine fiebrige Röte bekommen, und in ihren Augen lag ein betörender Glanz. Auch klang ihr öfteres forciertes Lachen etwas schrill in den kleinen Kreis, der sich durch die Heimkehr des Sohnes und Bruders in einer beglückten und angeregten Stimmung befand und darum wenig von diesen Zeichen merkte.

Am anderen Morgen ritt Hans Werner nach Tannenburg zu Spangenheim.

Daß dieser bei der ersten Begrüßung im Elternhause nicht zugegen gewesen war, hatte ihn wohltuend berührt, wenn er auch wußte, daß Spangenheim kein feines Taktgefühl zu dieser Zurückhaltung gezwungen hatte. Er durchschaute diesen Mann ganz klar. Seit jenem Tage, wo er die Nachricht von des Bruders Verlobung mit Edith empfangen hatte, wußte er, warum man ihn hatte los sein wollen, warum man diese Intrige gegen ihn gespielt hatte. Er hätte diese Verbindung vielleicht verhindern können, wenn er dem Bruder den Sachverhalt mitgeteilt hätte, den Spangenheim nebst Tochter ihm sicher verschwiegen hatten; doch er tat es nicht. Der zuerst wahnsinnig wütende Schmerz in ihm war allmählich untergegangen in einer tiefen grenzenlosen Verachtung. Am liebsten hätte er diesem Manne den ganzen „Krempel" vor die Füße geworfen, aber er hatte schon zu viel empfangen und konnte nicht mehr zurück. Spangenheim tat nichts ohne persönliche Vorteile; so hatte er seine Beihilfe zu dem Bau des Flugschiffes auch nur unter der Bedingung gegeben, daß es gegen eine hohe Summe in sein Eigentum überginge, ebenso wie das Geheimnis des Verfahrens und der Konstruktion und deren Ausbeutung, und Hans Werner hatte sich bereits damit einverstanden erklärt.

Denn was für einen Wert hatte das Leben noch für ihn, wenn er kurz vor dem Ziele abbrach? Er war kein Feigling, der das Leben mit den zertrümmerten Hoffnungen nicht weiter wagen oder gar ihm selbst ein Ende hätte bereiten sollen. Er wollte vielmehr den großen Kampf weiter kämpfen, aber er wollte auch wissen, wofür er kämpfte. Sein Leben für das große Ziel einzusetzen, an dem Gelingen zu arbeiten, das war den Kampf wohl wert. Ein Mann muß höhere Interessen kennen, als die Liebe. So rang er sich durch. Nur wenn der große Wurf gelungen war, konnte er seine Verpflichtungen gegen Spangenheim lösen. Erst das Gelingen machte ihn frei von ihm, und er wollte frei werden. Sein ganzes Augenmerk richtete er fortan auf diesen Punkt, und da kam ihm auch die alte Freudigkeit und Schaffenslust wieder. Nur einmal noch erhielt sie einen Stoß, als Spangenheim forderte, daß er sein großes Flugschiff in Helgendorf bauen und aufsteigen lassen sollte. Anfänglich hatte sich alles in ihm dagegen gesträubt — aber einmal wollte er doch noch die Heimat wiedersehen, und da war es besser, auch mit den letzten Erinnerungen zu brechen. So war er hergekommen und steuerte nun sogleich auf sein Ziel los.

Spangenheim empfing ihn mit einer Herzlichkeit und Wärme, die Hans Werner durch seine kühle, stolze Zurückhaltung und die durchaus geschäftlichen Zwecke seines Besuchs zu dämpfen suchte. Jeder Anspielung auf die jetzt verwandtschaftlichen Beziehungen wußte er geschickt auszuweichen. Er wollte nichts anderes sein als bisher, als der in gewisser Beziehung abhängige Untergebene des Mannes, mit dessen Beihilfe er sein Werk ins Licht bringen wollte, und dessen Anordnungen er sich einstweilen, wenn auch mit Vorbehalt, zu fügen hatte.

Dieser Ton schien Spangenheim jedoch nicht zu passen; er ärgerte sich über den hochmütigen jungen Menschen und hatte doch etwas wie Schuldgefühl ihm gegenüber. Aus diesem wenn auch nicht ganz eingestandenen Grunde erklärte er sich mit jedem Vorschlag Hans Werners einverstanden, auch damit, daß er in dem Direktionsgebäude neben der Fabrik Wohnung nehmen wollte, weil er, wie er sagte, seiner Arbeit näher zu sein wünschte und der Weg bis zum Schloß eine halbe Stunde weit war und ihm zuviel Zeitverlust bringen würde.

Als diese Angelegenheiten erörtert waren, verließ er Tannenburg, nicht ohne wehmütige Erinnerung an Onkel Brunneck mitzunehmen.

Langsam und nachdenklich ritt er heim. Noch ehe er den Schloßhof erreicht hatte, trat ihm Hilde entgegen:

„Ich habe auf dich gewartet, Hans Werner. Hast du ein wenig Zeit für mich?"

Hans Werner sprang ab und reichte ihr die Hand:

„Du kommst meinem Wunsche entgegen, Hilde. Ich wollte dich bei meiner Rückkehr in deinem Zimmer aufsuchen. Ziehst du einen Spaziergang in den Park vor?"

(Fortsetzung folgt.)

# Pleß und Umgebung

**Die Wählerlisten einsehen.** In Pleß liegen die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahl im Rathause (Stadtverordnetensitzungszimmer) bis 15. d. Mts. zur öffentichen Einsicht aus.

**Stand der Wintersaaten.** Die Wintersaaten stehen nach dem Urteil vieler Landwirte schlecht. Starke Fröste bei einer schwachen Schneedecke sollen etwa die Hälfte der Saaten geschädigt haben.

**Ein neues Seminargebäude in Pleß.** Wie verlautet soll der Bau eines neuen Seminars in Pleß beschlossene Sache sein. Demnächst werden die Verhandlungen zwischen Stadt und Wojewodschaftsamt wegen eines Baudarlehns aufgenommen. Als Baugelände kommt das Terrain zwischen den beiden früheren Präparandenanstalten in Frage.

**Letztes Geleit.** Die Beisetzung des am 1. d. Mts. in Kattowitz aus dem Leben geschiedenen Präses des Plesser Kreisgerichts und Stadtverordnetenvorstehers Dr. Seidler fand am 4. d. Mts. in Kattowitz vom Knappschaftslazarett aus unter außergewöhnlich starker Teilnahme statt. Aus Pleß gaben dem Verstorbenen das letzte Geleit fast vollzählig die Gerichtsbeamten, die Mitglieder des Magistrats und des Stadtverordnetenkollegiums, ferner recht zahlreich Glieder aus allen Schichten der Bevölkerung von Pleß und Umgegend, weiter Deputationen der Gerichtsbehörden und Verwaltungsbehörden aus der ganzen Wojewodschaft Schlesien, Vertreter der schlesischen Gesellschaftskreise, besonders aus Kattowitz (der Starosta von Kattowitz ist ein Bruder des Verschiedenen). In der Kapelle des Knappschaftslazaretts widmete der Gerichtspräses Dr. Zgorniak-Kattowitz dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Dann bewegte sich der Trauerzug unter Vorantritt der Musikkapelle der Wojewodschaftspolizei nach der Marienkirche, wo der zuständige Pfarrer Dr. Szramek die Trauerrede hielt. Auf dem Friedhofe sprach Pfarrer Bielok-Pleß tiefbewegende Worte. Eine Trauerweise der Musikkapelle beschloß die Beisetzungsfeier. Im Frühjahre wird die Ueberführung der Leiche nach Biala und ihre Beisetzung in der dortigen Seidlerschen Familiengruft erfolgen. Man wird dem Verewigten stets ein treues Gedenken bewahren.

**Vom Wetter.** Von Westen her dringt eine neue Störung ostwärts vor. Daher ist in den nächsten Tagen mit unbeständiger Witterung (Eintrübung und Schneefall) und Ansteigen der Temperaturen zu rechnen. Die Wetteraussichten sind also folgende: Starker Westwind, wolkig, zeitweise Schneefall, milder, Temperatur um Null.

**Grundstücksversteigerung.** Das Karl Homasche Grundstück gelangt am 21. Februar d. J. im Zimmer 18 des Plesser Kreisgerichts zur Versteigerung.

**Neue Wach- und Schließgesellschaft.** In Pleß ist ein Wach- und Auskunftsunternehmen unter dem Namen „Strzecha" gegründet worden. Leiter derselben ist der Bahnhofsrestaurateur Johann Szlapa.

**Neue Bahnlinie Warschowitz—Schwarzwasser.** Die neue Eisenbahnlinie von Warschowitz nach Schwarzwasser ist am 1. d. Mts. in Betrieb gesetzt worden, und zwar zunächst nur für den Güterverkehr.

**Wochenmarkt.** Da der Freitag ein Feiertag war, wurde der Wochenmarkt bereits am Donnerstag abgehalten. Er war gut besucht und ausreichend beschickt. Butter war für 2,80—3,00 Zloty zu haben, Weißkäse für 70, ein Ei für 30 Groschen. Gemüse und Obst war für normale Preise käuflich. Das Angebot in Geflügel war ziemlich stark, die Preise für Geflügel halten sich immer noch auf bisheriger Höhe. Die ganze Marktbewegung zeigte Lebhaftigkeit.

**Höchstpreise.** Die eingeklammerten Preise sind Marktpreise. Krakauerwurst 2,10, Knoblauchwurst 1,70 (1,60), polnische Wurst 1,50 (1,40), Weizengrießmehl 0,53, glattes Weizenmehl 0,51, 60-proz. Weizenmehl 0,45, 70-proz. Roggenmehl 0,34, Farinzucker 0,74, Schrotbrot 0,26, Brot aus 70-proz. Roggenmehl 0,31, aus 65-proz. Roggenmehl 0,32, Milch 1 Liter 0,50, Tafelbutter 3,70, Dorfbutter 3,30, Kochbutter 2,80, Schmalz 1,80, Eier 0,23—0.28. Kuhkäse 0,70 Zloty.

**Turn- und Spielverein Pleß.** Noch einmal werden die Vereinsmitglieder und deren Angehörige sowie die eingeladenen Gäste darauf hingewiesen, daß die Eintrittskarten zu dem Maskenball im Vorverkauf beim „Anzeiger für den Kreis Pleß" unter Vorzeigen der Einladung möglichst alle einzulösen sind.

**Gesangverein Pleß.** Der Verein nimmt nach den Weihnachtsferien nunmehr seine regelmäßige Tätigkeit wieder auf. Montag, den 9. d. Mts., findet abends im kleinen Saale des Hotels „Plesser Hof" statt: a) um 8 Uhr die Gesangsprobe, bei der vollzählige Beteiligung erwartet wird, b) um 10 Uhr Sitzung des Vorstandes und des Festausschusses zwecks Beratung und Festsetzung alles näheren für das Vereinsvergnügen am 28. Januar. Wer sich an der Sängerfahrt nach Wien im Sommer 1928 beteiligen will, muß dies bis spätestens 15. d. Mts. beim Vorstande melden.

**Aus dem Gerichtssaal.** Paul Pradelok, der wegen Diebstahls mehrfach vorbestraft ist, stahl dem Mazur aus Studzienitz die Taschenuhr. Er wurde vom Schöffengericht Pleß zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wird ihm angerechnet.

**Waisenhaus Altdorf.** Sonntag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, wird im evangelischen Waisenhause Altdorf eine Bibelstunde abgehalten.

**Goldmannsdorf.** Das 48 Morgen große Grundstück des Georg Wowreczek in Obergoldmannsdorf wird am 25. Februar, um 9 Uhr vormittags, im Kreisgericht Pleß (Zimmer Nr. 18) versteigert werden.

**Nikolai.** Die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahlen liegen in Nikolai im Sitzungssaale des Magistratsgebäudes zur allgemeinen Einsicht bis 15. Januar aus.

**Orzesche.** Auf dem Wege nach Paniow wurde der Josef Farys von einem gewissen Hugo Musiol und dessen Begleitern arg belästigt. In der Notwehr machte der Farys von seinem Revolver Gebrauch und verwundete einen gewissen Zajonc an der rechten Hand. Zajonc wurde zum Arzt nach Orzesche gebracht. Dem Farys ist die Waffe abgenommen worden.

**Petrowitz.** In der Wohnung des Alexander Tworz in Petrowitz nahm der 34 Jahre alte Paul Czempka aus Ligota sich das Leben durch Erhängen. Nahrungssorgen, Familienzwistigkeiten und sonstige Unannehmlichkeiten waren der Grund zum Selbstmord. Czempke soll auch geistig nicht ganz normal gewesen sein.

**Wohlau.** Das Grundstück des Martin Wyroba in Wohlau gelangt am 28. Februar d. J., vormittags 9 Uhr, im Zimmer 18 des Plesser Kreisgerichts zur Versteigerung.

# Sieg oder Bestechung?

## Ein historischer Sensations-Prozeß

Eine der größten Schiebungen der Weltgeschichte wird in einigen Tagen in London gerichtlich behandelt werden, denn es wird hier festgestellt werden müssen, ob der russisch-japanische Krieg von den Japanern durch einen Sieg oder durch ein Geldgeschäft gewonnen wurde. Angeblich hat der japanische Marschall Yamagata für den Fall Port Arthurs und für andere „Kleinigkeiten", durch die allein der schnelle Sieg Japans über Rußland möglich war, an russische Verräter nicht weniger als 300 Millionen Mark gezahlt, oder vielmehr nur in Wechseln bezahlt, die nicht von der japanischen Regierung eingelöst wurden und nun jetzt von einem der Verräter eingeklagt werden sollen. Hier entrollt sich tatsächlich ein geschichtlicher Roman, wie er einem Dichter nie geglaubt werden würde, wenn die Angaben der klagenden Partei richtig sein sollten. In Rußland war allerdings zur Zarenzeit mancherlei möglich. Gerade der russisch-japanische Krieg deckte Schäden auf, die in einem anderen Kulturstaate überhaupt nicht möglich sind. So stellte sich bald am Anfange heraus, daß die Schuhe der Soldaten anstatt aus Leder aus Pappe waren, und bei Beendigung des Krieges gingen 50 Millionen Rubel, die nach Sibirien zur Ausbesserung der Schäden geschickt wurden, unterwegs verloren. Kein Mensch hat sie wiedergesehen und kein Mensch wußte auch, wer sie genommen hat. Auf dieser sittlichen und politischen Grundlage sind auch die unglaublichsten Vorgänge möglich.

Man weiß, daß im russisch-japanischen Kriege die unerschütterliche Haltung der Festung Port Arthur unter General Stoessel den Japanern nicht nur die größten Schwierigkeiten machte, sondern auch den Sieg gefährdete. In den ersten Stürmen vom 13.—14. August 1904, die die Japaner auf die Nordfront von Port Arthur machten, verloren sie nicht weniger als 16 000 Mann, ohne daß die Japaner den geringsten Erfolg erzielten. Nun rückte Kuropatkin zum Entsatz von Port Arthur mit einer starken Heeresmacht heran, nachdem er noch eine zweite Armee von 60 000 Mann herangezogen hatte. Die Japaner kamen jedoch nicht vorwärts und vier Monate lang lagen sich die beiden Armeen gegenüber. Zwar hatten die Japaner am 31. Oktober 1904 einen Teil der Außenwerke der Festung Port Arthur erobert und sich am 18. Dezember durch Einnahme eines beherrschenden Forts die Möglichkeit geschaffen, die Innenseite der Nordfront zu beschießen, aber damit waren noch nicht so wesentliche Fortschritte erreicht, die eine plötzliche Uebergabe der Festung gerechtfertigt hätten. Die Welt war darum nicht wenig überrascht, als am 2. Januar 1905, also wenige Tage nach dem kleinen Teilerfolg der Japaner, die Festung unter General Stoessel kapitulierte. Welche ungeheure Machtmittel General Stoessel noch zur Verfügung hatte, geht daraus hervor, daß bei der Uebergabe der Festung folgendes Kriegsmaterial ausgeliefert wurde: 546 Geschütze, 35 252 Gewehre, mehr als 80 000 Kilo Granaten und mehr als 3000 Kilo Pulver. Außerdem noch 4 Schlachtschiffe, 2 Kreuzer, 14 Kanonenboote, eine Anzahl von Dampfern. Die Uebergabe der Festung war unter diesen Umständen in militärischer Beziehung das größte Rätsel. Nun soll es nach Zeitungsmitteilungen angeblich gelöst werden.

Nach diesen Mitteilungen hat angeblich Marschall Yamagata, einer der siegreichen Feldherrn im Kriege gegen China und japanischer Ministerpräsident vom Jahre 1898, der den Mikado bei der Zarenkrönung vertreten hatte und Rußland gut kannte, durch drei Mittelsmänner, unter denen ein Graf Zielinski die Hauptperson zu sein scheint, die Uebergabe Port Arthurs durch eine Zahlung von rund 300 Millionen Mark in drei Wechseln erreicht. Wenn man die seltsamen Umstände betrachtet, unter denen eine Anzahl russischer Kriegsschiffe durch die Russen selbst ziemlich ohne Grund versenkt wurden, und wenn man überlegt, in welch peinlicher Lage Japan Ende 1904 war, als Port Arthur noch uneinnehmbar erschien, dann sind die Vorgänge jener Zeit, die für Japan sich so günstig gestalteten, allerdings geeignet, eine Bestechung der Russen durch Japaner mindestens für möglich zu halten. Der Prozeß wird nun darum geführt, weil die Japaner angeblich die Wechsel nicht eingelöst haben, als sie sich im Besitz von Port Arthur und des Sieges befanden. Von den drei Verrätern, denen die Wechsel übergeben worden sind, soll nur noch allein Graf Zielinski übrig sein. Außerdem sind zwei Wechsel über ungefähr je hundert Millionen Mark im Laufe der Jahrzehnte verschwunden, während ein Wechsel auf höchst geheimnisvolle Weise nach London gekommen ist und nunmehr von einem englischen Konsortium eingeklagt wird, da die Summe von 100 Millionen Mark ein ganz anständiges Kapital darstellt. Es wird wohl der erste Prozeß der Welt sein, in dem durch Richter entschieden wird, ob ein Sieg durch Tapferkeit der Truppen und Genialität der Feldherren oder durch drei unbezahlte Wechsel erlangt wurde.



# Aus der Wojewodschaft Schlesien

## Das Moratorium für städtische Hypotheken um ein Jahr verlängert

Nummer 117 des „Dziennik Ustaw" vom 30. Dezember 1927 enthält eine Verordnung des Staatspräsidenten vom 20. Dezember 1927 über die Verlängerung des Rechts des Zahlungsaufschubs, wie es im § 5 der Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 vorgesehen ist. Die neue Verordnung bestimmt im Artikel 1:

> Das Recht des im § 5 Punkt 4 der Aufwertungsverordnung vom 14. Mai 1924 vorgesehenen Rückzahlungsaufschubs von Ansprüchen, die hypothekarisch gesichert sind auf Grundstücken, deren Haupteinnahme aus der Miete fließt, wie sie im Mieterschutzgesetz umschrieben ist, wird bis zum 31. Dezember 1928 verlängert.

Diese Verordnung hat besondere Bedeutung für Interessenten (Schuldner und Gläubiger) an Mietshäusern hauptsächlich in den tSädten. Bekanntlich sollte das Moratorium für Darlehnshypotheken auf Mietshäusern mit dem 31. Dezember 1927 ablaufen; die jetzige Verlängerung desselben hat zur Folge, daß der Schuldner am 2. Januar 1928 noch nicht zu zahlen braucht und der Gläubiger sich noch ein Jahr gedulden muß.

Aber der letztere muß auf Grund der neuen Verordnung nicht nur vorerst auf das Kapital verzichten, sondern er muß sich auch mit den bisherigen Kapitalzinsen begnügen, da nach der bestehenden Rechtsprechung eine Erhöhung des Zinsfußes vor dem Fälligkeitstermin des Kapitals nicht statthaft ist.

In derselben Nummer des „Dz. Ust." ist eine weitere Verordnung erschienen, in der bestimmt wird, daß die bisher nicht verjährten Ansprüche auf Renten, die vertraglich mit der Ansiedlungskommission, den Generalkommissionen und Rentenbanken in Posen, Pommerellen und Oberschlesien vereinbart wurden, vor Ablauf des 31. Dezember 1928 nicht verjähren.

## Sofortiger Strafvollzug auf den Eisenbahnen

Auf Grund ministerieller Verfügung ist der sofortige Strafvollzug, ähnlich wie bei der Polizei, auch auf den Eisenbahnverkehr ausgedehnt worden. Die Kontrolleure und Schaffner sind demnach ermächtigt, bei allen Uebertretungen der Reisevorschriften, vor allem bezüglich der Sauberhaltung der Abteile, des Rauchens in Nichtraucher-Abteilen usw., von den Reisenden die sofortige Erlegung der Strafgebühren gegen Quittung einzufordern. Wenn sich ein Reisender weigern sollte, die Strafe sofort zu bezahlen, wird ein Protokoll hierüber und über den Tatbestand aufgenommen. Dies hat in jedem Falle eine Erhöhung der Strafgebühren im Gefolge. Auch die hierdurch entstehenden Kosten muß der betreffende Reisende tragen. Falls also ein Reisender nach seiner Ansicht zu Unrecht in Strafe genommen wird, empfiehlt es sich, die Strafe zu zahlen, hiergegen jedoch sofort Protest einzulegen beim zuständigen Zugführer, besser noch an der Bestimmungsstation bei dem die Aufsicht führenden Beamten. Als Unterlage kann hierbei stets die von dem Schaffner ausgestellte Quittung gelten. Zur Klärung der einzelnen strittigen Fälle wird es nicht schaden, wenn sich der protestierende Reisende die Namen und Adressen der in demselben Abteil mitfahrenden Personen aufschreibt, damit diese im Notfalle als Zeugen dienen können.

## Neueinteilung des Schuljahres

Das Unterrichtsministerium wird demnächst eine Neueinteilung des Schuljahres einführen und zwar zunächst in den staatlichen Mittelschulen und in den Lehrerseminaren. Demnach wird das neue Schuljahr in zwei Halbjahre zerfallen, von denen das erste Halbjahr am 19. September beginnt, und am 30. Januar zu Ende geht, während sich das zweite Halbjahr über den Zeitraum vom 3. Februar bis zum 10. Juni erstreckt. Jedes der beiden Halbjahre zerfällt wieder in zwei Unterabschnitte, nämlich 1. vom 19 September bis 15. November, 2. vom 16. November bis 30. Januar, 3. vom 3. Februar bis zum 15. April und 4. vom 16. April bis zum 30. Juni. Am Schlusse jedes dieser Abschnitte tritt eine Lehrerkonferenz zusammen, um über die jeweiligen Fortschritte der Schüler zu beraten. Außerdem treten zu denselben Zeitpunkten die pädagogischen Räte zusammen, um die Erfahrungen des letzten Vierteljahres auszutauschen und das Arbeitsprogramm für die nächste Periode festzulegen. Am Schlusse des Semesters erhält jeder Schüler ein Zeugnis.

## Zwangsliquidierung aller restlichen Inflationsinstitute

Mit 1. Januar 1928 werden in Polen alle Banken liquidiert, deren Aktienkapital weniger als 2½ Millionen Zloty beträgt. Trotz des Säuberungsprozesses im polnischen Bankwesen, der seit 1925 andauert und zu einer wesentlichen Besserung der Verhältnisse geführt hat, gibt es noch immer eine ganze Menge von Bankinstituten, deren Kapital die vorgeschriebene Höhe nicht erreicht. Es handelt sich größtenteils um Banken aus der Inflationszeit. Vor dem Kriege betrug das Minimalaktienkapital einer Bank in Kongreßpolen nach den dort geltenden gesetzlichen Bestimmungen 500 000 Rubel. Durch die vor kurzem publizierte Verordnung, wonach das Mindestkapital einer Bank in Polen 2½ Millionen Zloty betragen muß, wird das Vorkriegsniveau der Bankkapitalien annähernd erreicht.

## Der Kohlenexport im Dezember

Nach den vorläufigen Berechnungen sind im Monat Dezember im polnisch-schlesischen Kohlenrevier insgesamt 2 506 000 Tonnen Kohle und somit 19 000 Tonnen mehr als im November gefördert worden. Der Export betrug 818 000 Tonnen und somit 25 000 Tonnen mehr als im November. Die Verteilung des Exportes auf die einzelnen Märkte konnte noch nicht errechnet werden, doch begegnet der Export nach den nordischen Ländern immer größeren Schwierigkeiten, da die englische Kohle durch starke Preisherabsetzungen mit der polnischen Kohle konkurriert und besonders Dänemarck, das auf den Lebensmittelimport aus England angewiesen ist, bedroht wird, uch die englische Kohle wieder abzunehmen und die polnischen Kohlenlieferungen abzustellen.

## Eine 100-Millionen-Anleihe für die Wojewodschaft Schlesien

Der Wojewodschaftsrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag beschlossen, dem Sejm ein Gesetzprojekt über die Aufnahme einer Anleihe von 100 Millionen Zloty für Wohnungsbauten und andere Investierungszwecke vorzulegen. Die Anleihe soll nach Möglichkeit im Inlande aufgenommen werden. Gleichzeitig wurde der Stadt Lublinitz die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 400 000 Zloty, ebenfalls für Wohnungsbauten, erteilt. Aus dem Wirtschaftsfonds gelangten 11 100 Zloty als Kredite für Woh-

**Börsenkurse vom 7. 1. 1928**
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Warschau . . . | 1 Dollar | amtlich | = 8.91 3/4 zł |
| | | frei | = 8.93 zł |
| Berlin . . . . | 100 zł | = | 46.92 Rmk. |
| Kattowitz . . . | 100 Rmk. | = | 213.25 zł |
| | 1 Dollar | = | 8.91 3/4 zł |
| | 100 zł | = | 46.92 Rmk. |

nungsbauten an private Gesellschaften und Kommunen zur Verteilung. Außerdem wurden in der Sitzung verschiedene Bauerlaubnisse erteilt, eine Anzahl Ortsstatute genehmigt und verschiedene Personalfragen geregelt.

## Beihilfen für die Arbeitslosen

Das Arbeitsministerium hat im Einvernehmen mit dem Innenministerium eine Verordnung erlassen, wonach den Arbeitslosen in der Wojewodschaft Schlesien die staatliche Beihilfe auch für den Monat Januar noch weiter gewährt wird. Eine weitere Verordnung bestimmt die Zahlung von staatlichen Beihilfen auch für die Arbeitslosen in Warschau und den Industrierevieren Lodz, Krakau und Dombrowa.

## Budgetüberschüsse und Umsatzsteuer

Aus der Neujahrserklärung des polnischen Finanzministers Czechowicz geht hervor, daß das laufende Budgetjahr mit einem Ueberschuß von ungefähr 30 Prozent abschließen dürfte. Nachdem das Jahresbudget 1 990 000 000 Zloty beträgt, dürfte also der Ueberschuß mehr als eine halbe Million Zloty betragen. In 8 Monaten des laufenden Budgetjahres wurden annähernd soviel vereinnahmt, wie es ursprünglich veranschlagt war. Vor allem stiegen die Einnahmen aus der Einkommensteuer. Laut Budget sollte diese Steuer insgesamt 120 Millionen Zloty einbringen, sie hat aber in den 8 Monaten bereits 125 Millionen oder um 5 Millionen mehr gebracht. Die Monopolartikel werfen ebenfalls mehr ab, als vorgesehen wurde. Das Gesagte gilt hauptsächlich für die beiden Monopolartikel, Schnaps und Tabak, die einen Ueberschuß von 120 Millionen Zloty einbringen dürfen. Diese Budgetüberschüsse ermöglichten das Zustandekommen der Dollaranleihe. Die allgemeine Finanzlage des Staates hat sich wesentlich gebessert. Noch am 31. Mai 1926 betrug der Vorrat an Edelmetallen und Auslandsdevisen 25 Millionen Dollar, heute beträgt er 158 Millionen Dollar. Darunter befindet sich selbstverständlich die amerikanische Dollaranleihe in der Höhe von 61,6 Millionen Dollar. Das bei dieser günstigen Finanzlage des Staates die Warschauer Regierung die Ueberschüsse der schlesischen Wojewodschaft in der Form von Tangente einfordert, beweist nur, wie wenig man für unsere Wojewodschaft übrig hat. Die Tangente beträgt 12 Millionen Zloty, von der 4 Millionen für Häuserbauten in der schlesischen Wojewodschaft verblieben. Dabei hat Schlesien neben Warschau die größte Wohnungsnot und die meisten Arbeitslosen. Zweifellos steht fest, daß die hohen Budgetüberschüsse das Ansehen der Regierung gesteigert, umsomehr als viele Unternehmungen und Vereinigungen greifbare Vorteile davon erzielt haben. Eine andere Frage ist es, ob diese Ueberschüsse der Regierung als ihr besonderer Verdienst zu buchen sind. Hier dürften schon die Meinungen auseinander gehen. Jedenfalls sind das Steuergelder, die durch die schlesische Bevölkerung mühsam aufgebracht wurden.

Die verhältnismäßig günstige Lage erfordert eine Steuerreform die sehr dringend ist. Ueber die Umsatzsteuer haben wir wiederholt geschrieben. Die Umsatzsteuer dürfte zu den schwersten und ungerechtigsten Steuern gerechnet werden. Bei jedem Artikel wird sie mehrmals eingezogen. Die Umsatzsteuer zahlt der Produzent, der Großhändler und der Detaillist. In Wirklichkeit zahlt diese Steuer nur der Konsument, weil alle drei diese Steuer in die Ware einkalkulieren. Diese Steuer muß die große Masse des armen Volks bezahlen, nicht ausgenommen die Arbeitslosen. Daher ist diese Steuer ungerecht und am meisten verwerflich.

Die Umsatzsteuer wird rücksichtslos eingezogen. Selbst Kaufleute, die ihr Geschäft aufgegeben haben, weil es schlecht ging, müssen diese Steuer abführen. Das bezieht sich ebenfalls auf die Gewerbetreibenden und die kleinen Händler. Das Steueramt fragt nicht danach, ob das Geschäft den Händler ernähren kann oder nicht. Den kleinen Händlern, die im Rückstande mit der Umsatzsteuer geblieben sind, wurde selbst die Barlosung auf dem Wochenmarkte weggenommen.

Hier ist eine Reform dringend notwendig. Vor allem muß gefordert werden, daß die Umsatzsteuer nun einmal behoben wird und zwar nicht von dem Händler, Detaillist und Grossist, sondern lediglich vom Produzenten. Dadurch wird die Steuer nicht so drückend und läßt sich vom verwaltungstechnischen Standpunkte leichter handhaben. Gewiß sind wir für gänzliche Beseitigung dieser Steuer, nachdem aber damit kaum zu rechnen ist, sind Erleichterungen dringend notwendig.

# Wieder ein Schmuggelprozeß

### 89 Kilogramm Sacharin — Auch Knöpfe werden in Riesenmengen geschmuggelt — Insgesamt 83 580 Zloty Geldstrafe und 3 Monate Gefängnis

Vor der Zollstrafkammer des Kattowitzer Landgerichts wurde unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zienkiewicz am Donnerstag erneut in einer Schmuggelaffäre verhandelt. Angeklagt waren diesmal die Chauffeure Urban Globisch, Karl Potyka, der frühere Angestellte Viktor Adamek und Kaufmann Karl Labus aus Kattowitz. Letzterer wurde in dem großen, sensationellen Sacharin-Schmuggelprozeß, welcher Ende Dezember vor dem Kattowitzer Gericht ausgetragen wurde, als einer der drei Hauptangeklagten zu einer außerordentlich hohen Geldstrafe, sowie überdies zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt.

Am 10. September v. Js. wurde an der Grenze das Personenauto Sl. 1871 angehalten und nach Durchsuchung konfisziert, da im Wageninneren 89 Kilogramm Sacharin und eine große Menge (etwa 90 Kilo) Knöpfe in verschiedenen Sorten aufgefunden wurden. Verhaftet werden konnten zugleich Globisch, Adamek und Potyka. Kaufmann Karl Labus wurde als angeblich Mitschuldiger deswegen in die Affäre gezogen, weil das konfiszierte Auto dessen Eigentum war. Chauffeur Globisch hatte s. Zt. den Auftrag erhalten, nach Erledigung aller Formalitäten, das in Beuthen reparierte Auto nach Kattowitz zu bringen. Nach Aussage des Angeklagten Globisch wurde dieser von einem gewissen Müller aus Kattowitz, welchem er in Beuthen begegnete, ersucht, die Waren über die Grenze zu schaffen. Die Beschuldigten Adamek und Potyka wiederum führten zur Verteidigung aus, daß sie unterwegs mit Erlaubnis des Globisch in das Auto gestiegen seien, mit der Schmuggelaffäre jedoch absolut nichts zu tun hätten. Globisch bestätigte deren Aussagen und gab weiter an, daß er nicht gewußt habe, was für Waren der fragliche Müller aufgeladen habe. Nach Vernehmung der Zeugen stand es für das Gericht fest, daß die drei vorerwähnten Beklagten, welche sich auf Ausflüchte verlegten, den Schmuggelversuch gemeinsam ausgeführt hatten, dagegen konnte Karl Labus nachweisen, daß er an dem fraglichen Tage in Oppeln weilte und in diese Affäre nicht verwickelt war.

Verurteilt wurden Urban Globisch, Viktor Adamek und Karl Potyka wegen Schmuggel bezw Beihilfe zu einer Geldstrafe von je 27 860 Zloty, sowie ferner zu je einem Monat Gefängnis. Es erfolgt im Falle der Nichtzahlung Umwandlung in Gefängnisstrafen und zwar bei Anrechnung von je 200 Zloty pro Tag. Kaufmann Karl Labus wurde diesmal freigesprochen.



### Kattowitz und Umgebung.

**Zum vereideten Sachverständigen ernannt.** Fleischer-Ehrenobermeister Alois Pakulla aus Kattowitz wurde durch das hiesige Landgericht als vereideter Sachverständiger für den Landkreis Kattowitz bestätigt.

**Warnung für Handwerker!** Der Vorstand des Zentral-Handwerkerverbandes, Sitz Kattowitz (Innungsverband), gibt bekannt, daß das Untersekretariat in Sohrau seit zirka einem halben Jahre aufgelöst worden und demnach niemand berechtigt ist, weiterhin im Auftrage des Innungsverbandes Gelder einzukassieren oder irgendwelche Befugnisse auszuüben. Ebenso dürfen ohne Genehmigung des Vorstandes vom Innungsverband keine Versammlungen einberufen werden.

**Der Auftrieb am Pferdemarkt.** Insgesamt 64 Pferde wurden am letzten Vieh- und Pferdemarkt in Kattowitz aufgetrieben. Für minderwertiges Pferdematerial wurden 200 bis 500 Zloty, für mittlere sowie Qualitätspferde dagegen 600 bis 1200 Zloty gefordert.

**Achtet auf die Kinder.** Die auf der ul. Wojewodska wohnende Witwe Stanislawa Komierzak ließ in der Wohnung ihre 2 Kinder im Alter von 3 und 4 Jahren ohne Aufsicht zurück. Während ihrer Abwesenheit machte sich das 4jährige Töchterchen Leonarda an dem gut eingeheizten Ofen zu schaffen, wobei ihre Kleider Feuer fingen. Im Augenblick stand das Kind in Flammen und erlitt so schwere Brandwunden, daß es gleich danach verstarb. — Eltern dürften kleine Kinder nie in der Wohnung, ebenso wie auf der Straße unbeaufsichtigt lassen denn zahllos sind die Unglücksfälle, die durch eine solche Nachlässigkeit entstanden sind.

### Bielitz und Umgebung

**Verschiebung des Beskidenfestes in Bielitz.** Der Ausschuß des Beskidenvereins Bielitz sieht sich gezwungen, das für den 11. d. Mts. in Aussicht genommene Beskidenfest auf einen späteren, noch bekanntzugebenden Termin zu verschieben.

**Ausbau von Fremdenzimmern auf der Klementinenhütte.** Der Beskidenverein Bielitz wird im ersten Stockwerk des Schutzhauses auf der Magora (Klementinenhütte) Fremdenzimmer ausbauen und eine Veranda errichten. Die Arbeiten sind bereits ausgeschrieben.

**Stiftungsfest des Bielitz-Bialaer Turnvereins.** Der Bielitz-Bialaer Turnverein begeht sein 66. Stiftungsfest Sonnabend, den 14. Januar in den Schießhaussälen.

## Sportliches

Slonsk Schwientochlowitz — Odra Scharley 3 : 0 (2 : 0).

Mit dieser Niederlage wurde die Odra-Mannschaft in ihrer Siegeslaufbahn von Slonsk angehalten. Der hohen Klasse der Schwientochlowitzer konnte Odra nicht standhalten.

Slonsk 1. Jgd. — Odra 1. Jgd. 4 : 0.
Slonsk 2. Jgd. — Odra 2. Jgd. 0 : 0.

Polizei Kattowitz — 24 Schoppinitz 4 : 2.

Nach einer sechs Wochen langen Pause trat die Polizei mit einer geschwächten Mannschaft an und hatte eine große Ueberlegenheit.

Polizei 1. Jgd. — 24 1. Jgd. 3 : 0.
Polizei 2. Jgd. — 24 2. Jgd. 2 : 0.

**Schmeling schlägt Bonaglia in der 1. Runde k. o.**

Der mit Spannung erwartete Kampf um die Europameisterschaft im Halbschwergewicht kam am gestrigen Freitag im Berliner Sportpalast zum Austrag und endete mit einem Siege durch Niederschlag in der 1. Runde des Titelhalters Schmeling (Berlin) über den Herausforderer Bonaglia (Italien).

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.